

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Dienstag, 24. August 2010 11:53
An: Peter Härtel; Claudia Gartler; romana.knorre@stvg.com; presse@vorarlberg.at; presse.klub@oevp-wien.at; presse@oevp-wien.at; thomas.kluger@spw.at; presse.wien@gruene.at; andrea.brunner@bka.gv.at; veronika.weinbergmair@wko.at; chefvomdienst@diepresse.com
Betreff: Sammelmeldung 24.08.2010
Anlagen: Druck_nifbe flyer Professionalisierung neu.pdf; Terminavisio.pdf; Agenda Tirol.pdf; Agenda Wien.pdf

Plattform EduCare*elementare und außerschulische Bildung***Informationsdienst**<http://www.Plattform-EduCare.org>informationsdienst@Plattform-EduCare.org<http://www.facebook.com/pages/Wien-Austria/Elementarpadagogik/177989085992?ref=sgm>

SAMMELMELDUNG

Plattform EduCare*elementare und außerschulische Bildung***auf Facebook**<http://www.facebook.com/PlattformEduCare>**Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES
INFORMATIONSDIENSTES
VOM 24.08.2010 11:20:27****MEINUNG**[Mehr Bildung für weniger Geld](#)**TOP-THEMA**[Kosten der Kinderbetreuung in Österreich: Höhe und Struktur der Ausgaben der Träger](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

[Rundschreiben: Durchführungsbestimmungen zur Berufsreifeprüfung](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[Kinderbetreuung im Unternehmen rentiert sich](#)

[Sandoz investiert 60 Mio. € und will günstigere Energie](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)

[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

[Massive Proteste gegen Schul-Schließungen](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen:](#)

["Gebärstreik in Kärnten"](#)

[SPÖ Kärnten: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Wiener Neustadt: SPÖ präsentiert ein Paket an harten Sparmaßnahmen](#)

[Wiener Neustadt will drei Schulen schließen](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARKE

[Meldungen:](#)

[Warum müssen Steirer früher daheim sein?](#)

TIROL

[Meldungen: keine](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Wertvolle Impulse für das Miteinander der Generationen](#)

[Änderung: Kindergartengesetz](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[VP-Riha: Heinisch-Hosek unterstützt ÖVP Forderung nach Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz](#)

[VP-Marek: "Oxonitsch muss Kinderbetreuungs-Misere rasch lösen"](#)

[FPÖ-Gudenus: SPÖ versagte bei Kinderbetreuung auf ganzer Linie](#)

[Kinderbetreuung - SP-Vettermann: "VP-Landesparteiobfrau Marek vernachlässigt wahlkampfbedingt ihre Arbeit als Staatssekretärin"](#)

[Grüne Wien zu Kindergartenmisere: Statt Schuld zuweisen, endlich handeln!](#)

ELTERNBILDUNG

[September/Oktober 2010 startet familylab wieder Elternbildungsseminare](#)

FAMILIENPOLITIK

[Heinisch-Hosek: Mehr Männer beteiligen sich am Haushalt, aber sie picken sich vor allem die Rosinen heraus](#)

[FPÖ-Mühlwerth: Heinisch-Hosek mit immer absurderen Forderungen](#)

KINDERBETREUUNG

[Kinderbetreuung massiv ausbauen: Fürntrath-Moretti begrüßt WIFO-Forderung](#)

[Arbeit: Heinisch-Hosek will Überstunden einschränken](#)

[Kinderbetreuung: "Vielleicht hat Pröll noch Geld übrig"](#)

[Heinisch-Hosek erwägt kürzere Karenzzeiten](#)

["Die Presse" Leitartikel: Work-Family-Balance: eine Illusion, von Martina Salomon](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Tagung Inklusive Lebenswelten für Kinder bis zu drei Jahren, Donnerstag, 28. Oktober 2010, 10.00 - 17.00 Uhr, Hochschule Emden / Leer](#)

[Tagungen im September 2010 zu Lifelong Guidance. \(jeweils 2 Tage Wien und 2 Tage Tirol\) Ein Schwerpunkt dabei ist auch die frühe Kindheit.](#)

SONSTIGES

[Länderbericht Österreich zur Zwischenevaluierung der Durchführung des EU-Programms Lebenslanges Lernen im Zeitraum 2007-2009](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

MEINUNG

Mehr Bildung für weniger Geld

Sinkende Schülerzahlen sind eine Chance für das Bildungssystem. Freiwerdendes Geld sollte in die bessere Förderung der Kinder fließen.

Zugegeben, Sachsen und Thüringen haben es relativ leicht, in der Bildungspolitik vieles richtig zu machen. Der Migrantanteil ist in beiden Bundesländern gering, die Schere zwischen Arm und Reich klafft nicht derart weit auf wie andernorts. Auch haben die Landesregierungen darauf verzichtet, immer wieder an den Schulsystemen herumzudoktern.

Es wäre aber falsch, daraus abzuleiten, dass Bundesländer in einer weniger

günstigen Situation sich wohl oder übel mit dem schlechten Abschneiden ihrer Schulsysteme abfinden müssen. Im Gegenteil: Sachsen kann überall sein.

Der diesjährige Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft gibt den Kultusministern dafür klare Handlungsempfehlungen. Wer das Bildungsangebot in Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften gezielt ausbaut, macht die Schüler fit in Fächern, mit denen sie auf dem Arbeitsmarkt bestehen können.

Damit nützen entsprechende Förderangebote auch direkt dem Standort Deutschland: Angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung und einer nach wie vor schleppenden Debatte über den Fachkräftezugang muss jedes Kind ausgebildet werden, so gut es geht. Hohe Abbrecherquoten und massenweise gering qualifizierte Schulabgänger kann sich Deutschland bald schlicht nicht mehr leisten

Die demografische Entwicklung führt auch zu einem zweiten, noch wichtigeren Schluss. So hat Spitzenreiter Sachsen dem Reflex widerstanden, aufgrund sinkender Schülerzahlen einfach Geld aus dem Bildungshaushalt zu streichen. Stattdessen wurden die Einsparungen an anderer Stelle in Verbesserungen des Systems investiert, eben in mehr Förderprogramme, aber auch in kleinere Klassen oder mehr Lehrer. Würden alle Länder ihre Bildungsausgaben auf dem Niveau von 2007 einfrieren, obwohl sie weniger Schüler versorgen müssen, wüchse diese "demografische Rendite" bis 2020 auf 8,8 Mrd. Euro.

Diese Rendite ist eine große Chance für die Schulen. Alle Bundesländer sollten das Geld im System belassen. Nordrhein-Westfalen etwa dümpelt auf dem drittletzten Platz des Bildungsmonitors herum, gleichzeitig sinkt dort die Schülerzahl in den kommenden zehn Jahren um ein Fünftel. Das frei werdende Geld könnte zum Beispiel in eine bessere Sprachförderung, Hausaufgabenhilfen oder den Ausbau des Ganztagsbetriebs investiert werden.

Natürlich ist der Erfolg solcher Programme ungewiss - schon manche Milliarde wurde ergebnislos in die Bildung gepumpt. Aber es geht hier nicht um Mehrausgaben. Es geht darum, aus den vorhandenen Mitteln das meiste zu machen und sich nicht dem Spardruck aus den jeweiligen Finanzministerien zu beugen.

Wenn die Bundesländer es bislang schon nicht geschafft haben, alle Kinder in der Schule mitzuziehen: Je weniger es sind, desto leichter sollte die Aufgabe eigentlich sein. Geld dafür ist jedenfalls vorhanden.

<http://www.ftd.de/wissen/:bildungsmonitor-mehr-bildung-fuer-weniger-geld/50158958.html>

TOP-THEMA

Kosten der Kinderbetreuung in Österreich: Höhe und Struktur der Ausgaben der Träger

Die Frage wie viel kostet ein Kinderbetreuungsplatz in Österreich ist eine wichtige Informationsbasis für alle Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft. Umfassende Untersuchungen zu den Kosten der Kinderbetreuung für die Träger gibt es sowohl in Österreich als auch in anderen Ländern kaum. Um dieses

Informationsdefizit abzubauen, war das Ziel der vorliegenden **Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung**, die Kosten eines Kinderbetreuungsplatzes bzw. einer Gruppe für die Trägerorganisationen aufzuzeigen.

Neben den Kosten bei der *institutionellen Betreuung* sind auch jene der *Tageselternbetreuung* ermittelt worden.

<http://www.bmwfj.gv.at/Familie/Kinderbetreuung/Documents/WP%2074%20Kosten%20der%20Kinderbetreuung.pdf>

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

Rundschreiben: Durchführungsbestimmungen zur Berufsreifeprüfung

Rundschreiben Nr. 12/2010

Auf Grund der Novelle zum Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung, BGBl. I Nr. 45/2010 sowie der Verordnung über kompetenzbasierte Curricula an anerkannten Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung, BGBl. II Nr. 40/2010, sind auch die Durchführungsvorschriften zur Berufsreifeprüfung zu aktualisieren.

[Mehr dazu »](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

Kinderbetreuung im Unternehmen rentiert sich

Die Kosten für eine Kinderbetreuung im eigenen Unternehmen werden durch die Einsparungen bei der Personalsuche wettgemacht. Das sagt der Geschäftsführer der Salzburg Wohnbau nach vier Jahren mit einer Kinderbetreuung in der Firma.

<http://salzburg.orf.at/stories/462554/>

Sandoz investiert 60 Mio. €, und will günstigere Energie [tt.com - Wo's Click macht](#)

Darüber hinaus entsteht in Kundl gerade ein Betriebskindergarten, der bereits im Herbst in Betrieb genommen wird. Innerhalb des Novartis-Konzerns haben sich ...

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- &

Massive Proteste gegen Schul-Schließungen

HLA/HLM/BAKIP / Ein Aus für HLA und HLM/BAKIP ist für die Betroffenen kaum vorstellbar – jetzt hofft man auf den Bund.

VON JOSEF KLEINRATH, DAVID HACKER UND NATALIE KNABL

„Ich bin überzeugt, dass es diese Schulen noch länger geben wird, als die Politiker, die sie schließen wollen“, sagt Franz Bambasek, Elternvereinsobmann der Schwesterschulen HLM und BAKIP. Der Grundsatzbeschluss des Schulausschusses, HLA, HLM & BAKIP zu schließen, falls der Bund die Schulen nicht übernehme, ist für viele nicht nachvollziehbar.

Auch für HLA-Direktor Mag. Georg Pohler ist eine Schulschließung nicht vorstellbar: „Eine Schule mit tausend Schülern und hundert Lehrern zu schließen, hätte große Konsequenzen für die Stadt. Auch die Innenstadt profitiert stark von den Jugendlichen.“ Sollte es zu einer Schließung kommen, dann könnten alle jetzigen Schüler die Schule noch abschließen. „Einen Einsparungseffekt gäbe es frühestens in 5 Jahren, zunächst würde die Schule sogar noch teurer werden“, so Pohler. Denn: Jeder Schüler zahlt 360 Euro Schulgeld – Geld, das der Stadt in den nächsten Jahren im Falle einer Schließung entgehen würde. Pohler sieht die Verbundlichung als „eine Möglichkeit“ – „In drei Jahren müssten es die Politiker geschafft haben“, so Pohler.

„Hoffe sehr, dass es nicht zur Schließung kommt“

Mag. Anneliese Buxbaum, Direktorin der HLM/BAKIP kann nichts Positives an der derzeitigen Situation finden. „Die Übergabe an den Bund wäre für mich durchaus verständlich, so kann ich auch die Geldprobleme der Stadt nachvollziehen. Ich hoffe einfach sehr, dass es nicht zur Schließung kommt.“

Buxbaum glaubt nicht, dass ihre Schüler pendeln würden oder überhaupt könnten, da „der Einzugsbereich einfach zu groß ist, und es den Schülern nicht möglich ist, noch weiter zu fahren.“ So liegt die nächste BAKIP in Oberwart, die nächste HLM in Mödling, die jedoch vollständig belegt ist. „Zu unserer Mode-Fachhochschule gibt es nicht einmal eine Alternative – sie ist die Einzige in Österreich“, fügt Buxbaum hinzu.

Ähnlich sieht das auch Resa Schermann, Schulsprecherin der HLA: „Es wäre sicher schade, wenn die Schulstadt Wiener Neustadt eine oder mehrere Schulen verliert. Ich verstehe aber auch die Geldsorgen der Stadt.“ Mag. Reinhard Koller, Professor an der HLM/BAKIP plant, mit Lehrerkollegen und Absolventen einen „Verein der Freunde der BAKIP & HLM“ zu gründen, die Statuten sollen dieser Tage bei der Vereinsbehörde hinterlegt werden. Als erste Aktion überlegt die neue Gruppierung eine Mahnwache während der Gemeinderatssitzung am Freitag (27.08.). „Unserer Meinung nach wurde der Beschluss des Schulausschusses auf Basis falscher Fakten gefasst“, so Koller.

Kritik kommt auch von Oppositionsparteien

Für die Grünen ist die Situation „bildungspolitisch nicht nur von Seiten des Bundes sondern auch von Seiten der Stadt ein Wahnsinn. Die Stadt kann sich keine 200.000 -

400.000 Euro mehr leisten, obwohl Straßenbauprojekte viel mehr Steuergelder verschlingen“, sagt Tanja Windbüchler-Souschill.

Und Schulstadtrat ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Christian Stocker, der im Ausschuss dem Antrag der SPÖ noch zugestimmt hatte, sagt: „Der Antrag muss im Gemeinderat präzisiert werden. Das Ziel muss der Erhalt der drei Schulen sein, nicht deren Schließung.“ Dass gerade die SPÖ bei der Bildung sparen wolle, sei inakzeptabel: „Damit nimmt man jenen viele Chancen, die das SPÖ-Sparpaket später einmal tragen müssen.“

<http://www.noen.at/redaktion/n-wrn/article.asp?Text=344858&cat=334>

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

"Gebärstreik in Kärnten"

Frauenreferentin fordert Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Erst wenn das erfüllt ist, werde es wieder genug Kinder in Kärnten geben. Kärnten soll bis 2030 eine sinkende Bevölkerungszahl aufweisen, so eine düstere Prognose.

"Bei vielen Amts- und Arztterminen war ich der einzige Mann in der Runde, was mich zum Schmunzeln aber auch zum Nachdenken anregte", erzählt Informatik-Assistent Andreas Grieser (38). Er war der erste Mitarbeiter der Universität Klagenfurt, der in Väterkarenz gegangen ist. Als heute zweifacher Vater erinnert er sich gerne an diese Zeit: "Die Väterkarenz bietet Rahmenbedingungen für berufstätige Väter, sich einige Monate von ihrer Beschäftigung freistellen zu lassen und sich ganz ihrer Familie zu widmen." Diese Väterkarenz hat aber in der Gesellschaft noch nicht jenen Stellenwert erlangt, den sie haben müsste, um von viel mehr Männern in Anspruch genommen zu werden.

Der Informatiker ist in der Zeit der Kindererziehung zur Überzeugung gelangt, dass die berufliche Freistellung dem Mann hilft, "den Spannungsbogen zwischen Familie, Beruf und Ausbildung abzufedern". Dadurch bleibe mehr Raum und Zeit für die Pflege der sozialen Verbindungen zu Freunden und Familienmitgliedern. Das wiederum führe zu höherer Lebensqualität und mehr Zufriedenheit. Grießer appelliert an seine Geschlechtsgenossen, die Möglichkeit der Karenzierung vermehrt in Anspruch zu nehmen.

Rahmenbedingung für mehr Kinder

Väterkarenz ist nach Ansicht von Frauenreferentin Beate Prettner (SPÖ) eine Möglichkeit, die Rahmenbedingungen für mehr Kinder in Kärnten zu verbessern. "Man kann es als Gebärstreik bezeichnen, denn der Wunsch nach Kindern bei jungen Frauen ist da", sagte Prettner gestern. Anlass war die düstere Prognose, dass Kärnten bis 2030 eine sinkende Bevölkerungszahl aufweist. Prettner fordert einen "Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung". Erst wenn der erfüllt ist, werde es wieder genug Kinder in Kärnten geben, glaubt die Politikerin.

<http://www.kleinezeitung.at/kaernten/klagenfurt/klagenfurt/2453578/gebaerstreik-kaernten.story>

SPÖ Kärnten: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

Utl.: LRin Prettner und BRin Blatnik fordern FPK-Regierungsmitglieder auf die Bedingungen zu schaffen, sodass Frauen sich ihren Wunsch nach Kindern erfüllen können. =

Klagenfurt (OTS) - "Man kann es als Gebärstreik bezeichnen, denn der Wunsch nach Kindern bei jungen Frauen ist da, doch fehlen die Rahmenbedingungen, um diesen Vorstellungen zu entsprechen", stellte Frauenreferentin LRin Beate Prettner heute bei einer Pressekonferenz fest. Anlass waren unter anderem die sinkenden Geburtenzahlen und die Statistik wonach Kärnten bis 2030 eine sinkende Bevölkerungszahl aufweist.

"Wie von LHStv. Peter Kaiser initiiert, stehen wir hinter einer Enquete im Landtag und fordern auch eine wissenschaftliche Studie unter besonderer Berücksichtigung der Frauen, um so die Basis für politische Entscheidung für die Zukunft zu schaffen", erklärt Prettner die auch einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung fordert. Das heißt, wenn im ländlichen Raum wegen einer zu geringen Zahl an Kindern kein Kindergarten gebaut werden kann, zumindest Tagesmütter die Kinder betreuen, um den Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf zu ermöglichen.

"Wir haben eine der höchsten Teilzeitbeschäftigtenraten in ganz Europa, Arbeitsmarktreferent Scheuch ist gefordert mit geeigneten Maßnahmen gegenzusteuern, die Frauen brauchen qualitätsvolle Ganztagsjobs, mit denen sie ihren Unterhalt bestreiten können. LH Dörfler muss Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen. Nur durch geeignete Rahmenbedingungen können wir dem Schrumpfen der Kärntner Bevölkerung aufhalten", so Prettner weiter.

SPÖ-Frauenvorsitzende BRin Ana Blatnik sieht die Erziehung von Kindern im 21. Jahrhundert als partnerschaftliche Ausgabe und will sich in Kooperation mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek für die Väterkarenz stark machen. "Im Herbst planen wir eine Aufklärungskampagne, zudem muss eine Auszeichnung für Betriebe geschaffen werden, um die Väterkarenz in der Gesellschaft als Selbstverständlichkeit zu verankern", so Blatnik. Sowohl Prettnner als auch Blatnik sehen für die Erziehung eines Kindes eine aktive Vaterschaft als besonders wichtig an. "Das ist sowohl für das Kind, die Mutter und Partnerin, den Vater selbst und die Gesellschaft an sich eine Bereicherung", sind sich Prettnner und Blatnik einig.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

SPÖ Kärnten
Klagenfurt

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/192/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

..

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen:

Wiener Neustadt: SPÖ präsentiert ein Paket an harten Sparmaßnahmen

[NÖN Online](#)

HLA, HLM und BAKIP werden abgegeben oder geschlossen. · Die Stadt will die Musikschule ans Land abgeben, bietet dem Land rund ein Drittel der bisherigen ...

Wiener Neustadt will drei Schulen schließen

[derStandard.at](#)

... die Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP), die zusammen rund 1.000 Schüler besuchen, berichtete der "Kurier" in seiner Donnerstagsausgabe. ...

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

Warum müssen Steirer früher daheim sein?

[Kleine Zeitung](#)

Die steirischen und niederösterreichischen Grünen zeigten kürzlich auf der Semmering-Passhöhe in einer Aktion, wie unsinnig es ist, dass der Jugendschutz in ...

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Wertvolle Impulse für das Miteinander der Generationen

Utl.: Aktuelle Schwerpunkte von "Kinder in die Mitte" - 10.000 Personen an der Planung und Umsetzung beteiligt =

Bregenz (OTS/VLK) - Die Vorarlberger Landesregierung widmet sich weiterhin sehr stark dem Anliegen, Vorarlberg zu einem besonders kinder- und familienfreundlichen Land zu machen und das Miteinander der Generationen im Land zu fördern. Eindrücklicher Beleg für dieses Engagement sind die vielen Maßnahmen und Aktivitäten, die unter Federführung bzw. mit Beteiligung der Initiative "Kinder in die

Mitte" derzeit laufen oder für die nächste Zeit geplant sind. Landeshauptmann Herbert Sausgruber, Landesrätin Greti Schmid und Landesrat Siegi Stemer stellten im heutigen (Dienstag) Pressefoyer die aktuellen Schwerpunkte vor.

Im laufenden Jahr 2010 haben ca. 10.000 Menschen an der Planung oder Umsetzung von Projekten im Zeichen von "Kinder in die Mitte" mitgewirkt. "Mit 'Kinder in die Mitte' fördern wir eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung", sagte Landeshauptmann Herbert Sausgruber, "Ziel ist es, Impulse in den verschiedensten politischen Handlungsfeldern zu setzen und dabei möglichst viele Menschen, Jung und Alt, aktiv einzubeziehen - in der Familienpolitik, an den Kindergärten und Schulen, in der Jugendarbeit, in den Gemeinden." Als aktuelle Beispiele nannte der Landeshauptmann das Spielraumgesetz: Es gibt großzügige Förderungen für die Errichtung und Sanierung von naturnahen Spielplätzen und Lebensräumen in Gemeinden, die - unter aktiver Einbindung von Kindern und Jugendlichen - ein Spielraumkonzept erarbeitet haben. In insgesamt 30 Vorarlberger Gemeinden sind derzeit Spielraumkonzepte in Arbeit bzw. in Vorbereitung. KiM fördert auch generationenübergreifende Projekte: Es geht dabei darum, das Miteinander von Jung und Alt zu fördern und zu unterstützen. Projekte, die sich in diesem Sinne engagieren, werden mit bis zu 1.500 Euro unterstützt.

Elternbildung, Familienpass

Wichtige Schritte wurden und werden laut Landesrätin Schmid unter anderem in der Elternbildung und bei den Familienangeboten gesetzt. Zum Elternbildungsangebot gehören u.a. Deutsch- und Orientierungskurse gekoppelt mit Erziehungsfragen, Mutter-Kind-Treffs für Migrantinnen, Aktivitäten und Austausch von Vätern und Medienerziehung. Von 2007 bis 2009 haben knapp 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an rund 60 Projekten bzw. Veranstaltungen mitgewirkt bzw. teilgenommen, von denen ein großer Teil auf "neue" Zielgruppen ausgerichtet war: Alleinerziehende, Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen, Väter sowie Migrantinnen und Migranten. Mit dem Herbstprogramm 2010 tritt eine zusätzliche Neuerung und Verbesserung in Kraft, informierte die Landesrätin: "Wurden bisher nur ausgewählte Elternbildungsveranstaltungen gefördert, so erhalten künftig Eltern mit Familienpass bei allen geförderten Veranstaltungen eine Ermäßigung von 30 Prozent."

Schon 20.000 Familienpässe wurden ausgestellt, das sind mehr als die Hälfte aller Familien mit Kindern unter 15 Jahren. Der Familienpass bietet ermäßigte Tarife für Sport-, Kultur- und Freizeitangebote bei über 180 Partnerbetrieben und -institutionen in ganz Vorarlberg. Einige wichtige Neuerungen sollen den Familienpass noch attraktiver machen, beispielsweise die vergünstigten Familientarife beim VVV: Ein Erwachsener zahlt, der Rest der Familie fährt gratis mit.

"Kinder in die Mitte" baut Brücken

Für Schullandesrat Siegi Stemer hat "Kinder in die Mitte" eine

wichtige Brückenfunktion zwischen den verschiedenen Übergängen - vom Elternhaus in den Kindergarten, in die Schule und in die weitere Schullaufbahn - inne. So konnte die Schülerbetreuung durch das Engagement von Schulen, Gemeinden und Land weiter ausgebaut werden. Als weitere Beispiele nannte Stemer die Kindergartenvorsorge, bei der jedes Kind in seinen körperlichen, sprachlichen, sozialen und emotionalen Entwicklungen beobachtet und bei Bedarf individuell gefördert wird. Oder das Projekt "Lesezeit - Generationenübergreifendes Leseprojekt": 36 Klassen aus 18 Volksschulen haben sich im Schuljahr 2009/10 daran beteiligt. Zwei Monate pro Halbjahr übernehmen Senioren einmal pro Woche für zwei Stunden eine Lesepatenschaft für eine Volksschulklasse.

KiM in Zahlen

- Knapp 5.000 Teilnehmende bei 60 Elternbildungsprojekten von 2007 bis 2009
- 54 Projekteinreichungen beim Wettbewerb "kindergerechte Lebensräume 2009"
- 20.780 Familien haben einen Familienpass
- 2009 waren 9.000 Menschen in 27 Museen unterwegs
- 63.700 Online Zugriffe auf die "Freizeit-Tipps" im Jahr 2009
- 36 Klassen aus 18 Volksschulen haben sich im Schuljahr 2009/10 am Projekt Lesezeit - Generationenübergreifendes Leseprojekt beteiligt
- 1.200 Kinder begeisterten sich in den Sommerferien im Abenteuersportcamp

Weitere Infos unter www.vorarlberg.at/kinderindiemitte

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg
Tel.: 05574/511-20141, Fax: 05574/511-20190
<mailto:presse@vorarlberg.at>
<http://www.vorarlberg.at/presse>
Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Änderung; Kindergartengesetz,

→ [Landesgesetzblatt Stück 15/2010 vom 17. Juni 2010:](#)

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

VP-Riha: Heinisch-Hosek unterstützt ÖVP Forderung nach Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

Utl.: Nun ist Stadtrat Oxonitsch an der Reihe =

Wien (OTS) - Erstaunt zeigte sich heute ÖVP Wien Gemeinderätin Monika Riha über Aussagen von SP-Ministerin Heinisch-Hosek am Wochenende. Meinte diese doch in einem Interview, dass sie sich einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wünsche und steht damit in klarem Widerspruch zum zuständigen Wiener SP-Stadtrat Christian Oxonitsch, der keinen Bedarf für die Einführung eines Rechtsanspruches sieht, wie zahlreiche Anfragebeantwortungen belegen. "Die ÖVP Wien fordert seit Jahren einen Rechtsanspruch auf einen vorschulischen Betreuungsplatz für alle Kinder von 0-6 Jahren. Es freut uns daher außerordentlich, dass es uns nunmehr in einem ersten Schritt gelungen scheint, die Parteifreundin von SP-Stadtrat Oxonitsch überzeugt zu haben. Denn ein Kindergartenplatz ist das gute Recht eines jeden Wiener Kindes. Damit würde das vorschulische Bildungs- und Betreuungswesen auf eine solide Basis gestellt. Zeit, in Wien endlich einen Rechtsanspruch auf einen vorschulischen Betreuungsplatz einzuführen", so Riha.

In Deutschland gebe es seit 1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Er gelte für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und beziehe sich auf einen Halbtagsplatz. Einige Bundesländer, darunter etwa Hamburg, haben landesrechtlich einen weitergehenden Rechtsanspruch bestimmt. Wien sollte im Rahmen seiner Kompetenzen dieser Entwicklung Folge leisten und in Bezug auf die Betreuungsplätze für 0-6jährige einen Rechtsanspruch einführen. "Ein solcher Schritt würde auch aus integrationspolitischer Sicht sinnvoll sein und den Kindergarten als integrative vorschulische Bildungseinrichtung weiter aufwerten. Wir hoffen, dass Stadtrat Oxonitsch, wenn er auf uns nicht hören wollte, so doch zumindest ein offenes Ohr für seine Parteifreundin hat. Scheint diese doch begriffen zu haben, was in Fragen der Kinderbetreuung längst anerkannte Tatsache ist - die Ideen der ÖVP Wien sind die besten für Wiens Kinder und daran gibt es kein Vorbeikommen. Der 10.10.10 wird zeigen, dass die Wienerinnen und Wiener diese Ansicht teilen. Mehr Wien ist möglich", so Riha abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien

Tel.: T: (+43-1) 4000/81 913, F:(+43-1)4000/99 819 60

<mailto:presse.klub@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Marek: "Oxonitsch muss Kinderbetreuungs-Misere rasch lösen"

Utl.: Fotoshootings für teure Inseratenkampagne sind kein Ersatz für

Bildungspolitik =

Wien (OTS) - Eine rasche Lösung der Kinderbetreuungs-Misere in Wien fordert die Landesparteiobfrau der ÖVP Wien, Christine Marek, vom zuständigen SPÖ-Stadtrat Christian Oxonitsch. "Stadtrat Oxonitsch richtet sich's immer, wie er es gerade braucht. Im Interview mit der Tageszeitung Die Presse gab er noch vor wenigen Tagen zu, dass es einen Kinderbetreuungs-Notstand gibt. Im heutigen Kurier dagegen lässt er sein Büro ausrichten, dass es genügend Kinderbetreuungsplätze gebe und alles eitle Wonne sei. Es wird Zeit, dass Oxonitsch diesen Eiertanz beendet und endlich Verantwortung übernimmt."

"Der wahre Skandal ist, dass tausende Plätze fehlen und damit ein zentrales Wahlversprechen von SPÖ-Chef Häupl gebrochen wurde. Im Herbst droht somit das blanke Chaos für Familien in Wien. Statt Steuergeld in sündteure Selbstbeweihräucherungs-Kampagnen zu stecken, sollte er besser die Kinderbetreuung in Wien auf funktionierende Beine stellen und dort investieren, wo es wirklich notwendig ist. Fotoshootings für teure Inseratenkampagnen sind jedenfalls kein Ersatz für wirkungsvolle Bildungspolitik im Sinne von Kindern, Eltern und Betreuerinnen und Betreuern", so die Wiener ÖVP-Chefin abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP Wien - Pressestelle

Tel.: (01) 515 43 - 940, Fax:(01) 515 43 - 929

<mailto:presse@oevp-wien.at>

<http://www.oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FPÖ-Gudenus: SPÖ versagte bei Kinderbetreuung auf ganzer Linie

Utl.: "Watschen-Stradtrat" Oxonitsch bleibt weiterhin säumig =

Wien (OTS/fpd) - Nicht nur, dass Bürgermeister Häupl das Wiener Bildungssystem an die Wand gefahren hat, versagt er auch bei der Kinderbetreuung und dem kostenlosen Kindergarten auf ganzer Linie. Wie heute in einer Tageszeitung bekannt wurde, berichten Eltern über einen Vorfall, wo in einem Kindergarten körperliche Gewalt gegen Kinder angewendet wurde - die Ermittlungen laufen, so heute der Kinder- und Jugendsprecher der FPÖ-Wien, LAbg. Mag. Johann Gudenus.

Mehrere Eltern, die ihre Kinder in der "Watschen-Gruppe" hatten, konnten diese noch nicht in einer anderen Kindergruppe unterbringen, weil "Tetschn-Stadtrat" Oxonitsch zwar vollmundig mit Werbeeinschaltungen auf Kosten der Steuerzahler ankündigt, dass er es für jedes Kind einen Betreuungsplatz gibt, es in der Realität aber freilich völlig anders aussieht.

Nach wie vor gibt es in Wien viel zu wenige Kindergartenplätze. Zudem sind viel zu wenige Pädagoginnen und Räumlichkeiten vorhanden, wodurch unzählige Kinder in einer Gruppe untergebracht werden müssen. Die FPÖ fordert daher erneut eine Reduzierung der Gruppengrößen, den Ausbau von angemessenen Räumlichkeiten, einen angemessenen Lohn für Pädagogen sowie einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Wohnungsnahe.

Mit dem Beschluss, den Kindergarten kostenlos anzubieten, hat die SPÖ ja schon eine langjährige Forderung der FPÖ kopiert - es wäre auch an den Rathausroten gelegen dies im Sinne der Bevölkerung umzusetzen. Geschafft haben sie es nicht - Wien braucht daher eine Veränderung, damit die Kinder und Jugendlichen wieder Zukunft haben in dieser Stadt, so Gudenus abschließend. (Schluss)paw

Rückfragehinweis:

FPÖ-Wien, Pressestelle

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Kinderbetreuung - SP-Vettermann: "VP-Landesparteiobfrau Marek vernachlässigt wahlkampfbedingt ihre Arbeit als Staatssekretärin"

Utl.: Bildungsplan für das verpflichtende Kindergartenjahr zu spät versandt/ Anstoßfinanzierung noch immer nicht verlängert =

Wien (OTS/SPW-K) - "Im letzten Jahr wurden mit Unterstützung der Stadt 2.500 Kindergartenplätze im privaten und städtischen Bereich geschaffen, heuer werden es mindestens genauso viele sein. Intensiv ausgebaut wird bereits seit über zwei Jahren vor allem im Bereich der Krippenplätze, weil die neuen Kindergeldmodelle die Nachfrage verstärken werden und Wien dafür rechtzeitig gerüstet sein will", sagt der Vorsitzende des Bildungsausschusses, SPÖ-Gemeinderat Heinz Vettermann auf die Kritik der ÖVP-Landesparteiobfrau Marek. "Mareks Behauptung hat nichts mit der Realität in Wien zu tun - wie viele ihrer Behauptungen". Marek wolle mit diesem Rundumschlag nur von den eigenen Versäumnissen als Familienstaatssekretärin ablenken, mutmaßt der SPÖ-Gemeinderat.

"Wenn Frau Marek schon wahre Skandale suchen will, braucht sie sich nur ihre eigenen anschauen: die Kinder sind ihr offenbar dermaßen egal, dass sie erst jetzt den Bildungsplan für das verpflichtende Kindergartenjahr an die Pädagoginnen und Pädagogen versendet", sagt Vettermann. Die verbleibende Zeit bis zum Start des verpflichtenden Kindergartenjahres Anfang September sei für die PädagogInnen viel zu kurz, um sich umfassend darauf vorbereiten zu können.

Marek fahre offenbar den von ihr geforderten Sparkurs bei den Kindergärten als Staatssekretärin weiter. Im Frühjahr hat die

ÖVP-Landesparteiobfrau in einem Interview noch gemeint: "Der Kindergarten muss nicht zu 100 Prozent gratis sein". "Und jetzt verschleppt sie als Staatssekretärin die Verlängerung der Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuung durch den Bund, obwohl diese Verlängerung ein einhelliger Wunsch aller Finanzlandesreferenten ist - auch jener der ÖVP", sagt der SPÖ-Bildungsausschussvorsitzende.

"Nachdem Frau Marek offenbar auch im Bereich der Wiener Kinderbetreuung nicht umfassend informiert ist, helfen wir gerne nach", sagt Vettermann: Insgesamt hat Wien für 50.936 Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren 14.171 Plätze, das entspricht 28 Prozent, allerdings besuchen nur etwa 100 Kinder unter einem Jahr eine Krippe. Für die 49.554 Wiener Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren gibt es 47.418 Plätze - das entspricht einem Versorgungsgrad von 96 Prozent! Trotz dieser an sich sehr guten Zahlen ist aber auch klar ist, dass bei so kleinen Einheiten wie Kindergärten nicht immer alle Standortwünsche der Eltern erfüllt werden können.

Wien setzt in allen Einrichtungen auf Qualität, bildet seine PädagogInnen umfassend aus und hat auch die räumlichen Rahmenbedingungen für die Kinder erst vor kurzem weiter verbessert, auch werden die Gruppengrößen in allen Fällen beibehalten.

Die für das verpflichtende Kindergartenjahr benötigten zusätzlichen 800 Plätze konnten durch die Schaffung von 5.000 Plätzen im Vorjahr und heuer mehr als kompensiert werden.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

SPÖ-Klub Rathaus, Presse

Thomas Kluger

Tel.: (01)4000-81941,F:(01)5334727-8194

<mailto:thomas.kluger@spw.at>

<http://www.rathausklub.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/198/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Grüne Wien zu Kindergartenmisere: Statt Schuld zuweisen, endlich handeln!

Wien (OTS) - "Staatssekretärin Marek und Stadtrat Oxonitsch haben beide ihren Anteil an den fehlenden Kindergartenplätzen in Wien", kommentiert die Kinder- und Jugendsprecherin der Grünen Wien, Claudia Smolik, die derzeitige Debatte rund um die Kindergarten-Misere. "Marek hat in ihrer Verantwortung als Staatssekretärin dafür zu sorgen, dass die 15a Vereinbarung über das Jahr 2010 hinaus verlängert wird. Wenn das nicht passiert, dann fehlt das Geld für den Ausbau weiterer Kindergartenplätze in Wien und in den anderen Bundesländern. Marek soll ihre Energie daher besser in die Verhandlungen mit Finanzminister Pröll stecken", so Smolik. Die SPÖ Wien hat ihrerseits jahrelang den Ausbau der Kindergartenplätze genauso wie die rechtzeitige Ausbildung von genügend

KindergartenpädagogInnen verschlafen. "Jetzt den schwarzen Peter hin- und herzuschieben nützt den Eltern, die keinen Kindergartenplatz finden, gar nichts. Es müssen jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden", so Smolik abschließend.

Rückfragehinweis:

Pressereferat, Tel.: (++43-1) 4000 - 81814, presse.wien@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ELTERNBILDUNG

September/Oktober 2010 startet familylab wieder Elternbildungsseminare

Die Workshops sind für Eltern, Großeltern, PädagogInnen und andere Interessierte gedacht, die sich bewusst und im Austausch mit anderen mit ihrem (Groß-)Elternsein auseinandersetzen wollen, um neue Wege des gleichwürdigen und respektvollen Miteinanders in der Familie zu finden und gemeinsam mit ihren (Enkel-)Kindern zu wachsen.

- ☛ [Wien . 16. September 2010 . Hilfe! Was soll ich tun, wenn ...](#)
- ☛ [Wien . 23. September 2010 . Eltern geben Orientierung](#)
- ☛ [Mödling . 30. September 2010 Gelassen und mit Humor erziehen](#)
- ☛ [Wien . 7. und 14. Oktober 2010 . Grenzen, Nähe und Respekt in der Familie](#)
- ☛ [Wien ab 14. Oktober 2010 . Mutter sein - Frau bleiben](#)
- ☛ [Wien . 16. Oktober 2010 . Eltern sein - Paar bleiben](#)
- ☛ [Mödling . 21. Oktober 2010 Lust und Frust in der Erziehung](#)

Für mehr Details bitte anklicken. Anmeldung direkt bei den SeminarleiterInnen oder per Email an info@familylab.at!

FAMILIENPOLITIK

Heinisch-Hosek: Mehr Männer beteiligen sich am Haushalt, aber sie picken sich vor allem die Rosinen heraus

Utl.: Zeitverwendungsstudie zeigt Aufholpotential bei unbezahlter Arbeit bei den Männern - darum Projekt Väterkarenz =

Wien (OTS) - "Zeit ist eine der wichtigsten Ressourcen des 21. Jahrhunderts. Deshalb ist die entscheidende Frage die, wie wir diese

Zeit nutzen", sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek heute bei der Vorstellung der "Zeitverwendungsstudie 2010".

Die Studie bestätigt die Ergebnisse des Frauenberichtes: Frauen sind so gut ausgebildet wie noch nie und arbeiten auch mehr denn je. Doch bezahlte und unbezahlte Arbeit ist zwischen Männern und Frauen immer noch ungerecht aufgeteilt. Und auch wenn Männer seit der ersten "Zeitverwendungsstudie" im Jahr 1981 ihre Position diesbezüglich etwas verbessert haben, erledigen die Frauen auch heute noch zwei Drittel der unbezahlten Arbeit. 66 Arbeitsstunden der Frauen von denen sie 41 Prozent unbezahlt leisten, stehen 64,3 Arbeitsstunden der Männer, davon 25 Prozent unbezahlt, gegenüber.

"Es ist erfreulich, dass sich mehr Männer an der Hausarbeit und an der Kinderbetreuung beteiligen", sagte die Ministerin. Vor allem dort, wo es soziale Anerkennung gibt, hätten die Männer in den letzten Jahren aufgeholt. "Der liebevolle Vater geht mit den Kleinen zum Spielplatz. Und Männer lassen sich gerne als Starkoch bewundern, das Aufräumen des Schlachtfelds Küche überlassen sie dann aber ihrer Frau", formulierte Heinisch-Hosek. So erledigen zwar zu 39 Prozent die Männer die Einkäufe für den Familienhaushalt, zu 32 Prozent kochen Männer und zu 46 Prozent spielen sie mit ihren Kindern. Die weniger angesehenen Beschäftigungen wie Aufräumen, Putzen, Waschen, Bügeln blieben aber nach wie vor an den Frauen hängen. Das gelte auch bezüglich der Kinder, bei denen die Väter Füttern, Pflegen, Waschen, Begleitwege und Lernen vor allem den Müttern überlassen.

"Ich will nicht, dass sich Männer vor allem nur die Rosinen herauspicken", sagte Heinisch-Hosek. Deshalb seien Projekte, die zur Bewusstseinsbildung beitragen unerlässlich. Eines davon betreffe die Väterkarenz. Derzeit nehmen nur fünf Prozent der Väter die Möglichkeit in Anspruch, in Karenz zu gehen. "Es soll cool und schick werden, dass Väter in Karenz gehen", sagte die Ministerin. Sie möchte, dass das künftig zumindest jeder fünfte Vater tut. Im Rahmen dieses Projektes, das sie gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Industriellenvereinigung forcieren, sollen ab Herbst unter anderem Workshops für PersonalchefInnen in Betrieben mit Schwerpunkt auf KMUs durchgeführt werden.

"Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist dafür verantwortlich, dass der Volkswirtschaft das Potential der vielen gut ausgebildeten Frauen, die es in Österreich gibt, verloren geht. Und das, obwohl bekannt ist, dass jede vierte in Teilzeit beschäftigte Frau gerne mehr Stunden bezahlte Arbeit leisten würde", sagte die Ministerin abschließend.

Die heute von der Frauenministerin vorgestellte Studie kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.frauen.bka.gv.at/zeitverwendung

Rückfragehinweis:

Mag. Andrea Brunner

Presse der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Tel.: (01) 531 15 - 2323

<mailto:andrea.brunner@bka.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/56/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FPÖ-Mühlwerth: Heinisch-Hosek mit immer absurderen Forderungen

Wien (OTS/fpd) - Offensichtlich möchte die SPÖ die Menschen in diesem Land auch noch im Schlafzimmer gängeln, zeigt sich die Bundesobfrau der Initiative Freiheitlicher Frauen (IFF) Bundesrätin Monika Mühlwerth eher verwundert über einen weiteren Vorstoß der SP-Frauenministerin Heinisch-Hosek. Die Arbeitsaufteilung im eigenen Heim ist und bleibt bitteschön nach wie vor Privatsache der Beteiligten. Wenn die SPÖ ihr männerfeindliches Bild immer weiter ausbaut, dann schadet sie damit Männern UND Frauen.

Die Frauen in diesem Land sind absolut auch ohne ministerielle Gängelung in der Lage, Vereinbarungen mit ihren Partnern über Hausarbeit und Kinderbetreuung zu treffen. Ständig mit Studien zu operieren, die belegen sollen, dass die Männer generell faul sind, ist völlig unnötig, so Mühlwerth. Was das angeblich durch Hausarbeit verlorengelende Potential der Frauen im Beruf angeht, sei die Ministerin auf eine andere Studie hingewiesen, wonach sich teilzeitbeschäftigte Frauen am wohlsten fühlen. Die SP-Ministerin sollte daher das Geld, welches sie für die überflüssige Kampagne ausgibt lieber für sinnvollere Zwecke einsetzen - nämlich solche, die den Frauen tatsächlich helfen wie etwa für die Zeit nach der Babypause. (Schluss)paw

Rückfragehinweis:

FPÖ-Wien, Pressestelle

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/85/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERBETREUUNG

Kinderbetreuung massiv ausbauen: Fürntrath-Moretti begrüßt WIFO-Forderung

Utl.: Frau in der Wirtschaft: "Internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist untrennbar mit höherer Frauenerwerbstätigkeit verbunden" =

Wien (OTS/PWK617) - Adelheid Fürntrath-Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft, begrüßt die

WIFO-Forderung, Frauenerwerbstätigkeit zu steigern und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen deutlich zu fordern: "Gerade für Kinder unter drei Jahren ist das Betreuungsangebot sehr dürftig. Das gilt ebenfalls für die Kinderbetreuung an Nachmittagen und in den Sommermonaten. Hier werden viele Unternehmerinnen mit ihren Betreuungspflichten allein gelassen."

Die Bundesvorsitzende hebt die Bedeutung ihrer Forderung hervor: "Die internationale Wettbewerbsfähigkeit und ein nachhaltiger konjunktureller Aufschwung des rot-weiß-roten Wirtschaftsstandortes ist untrennbar mit einer höheren Frauenerwerbstätigkeit verbunden. Österreich kann es sich nicht leisten, auf die Qualifikation und den Unternehmerinnengeist von Frauen mit Kindern zu verzichten, in dem es sie weiterhin unzureichend bei ihren Betreuungspflichten unterstützt."

Während noch nie so viele Frauen in Österreich berufstätig und noch nie zuvor so viele Unternehmerinnen am Markt tätig waren, bleiben die Betreuungspflichten (Kinderbetreuung oder die Pflege Angehöriger) meist an Frauen hängen. "Wir gehen davon aus, dass 45.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden müssen, die in ihren Öffnungszeiten deutlich flexibler werden. Denn die klassischen 9-to-5 Jobs werden weniger, damit müssen auch die Öffnungszeiten bedarfsgerechter werden", betont Fürntrath-Moretti.

Deshalb begrüßt die Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft die Forderung der Wifo-Experten nach einem quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. Damit verbunden ist auch die Forderung nach einer Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für über 10-jährige Kinder. "Als Unternehmerin muss ich flexibel zwischen vielfältigen Betreuungsangeboten wählen können, die aber gleichzeitig auch leistbar sind", unterstreicht Fürntrath-Moretti abschließend. (AC)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Frau in der Wirtschaft
Mag. Veronika Weinbergmair
Tel.: 05 90 900 3042
E-Mail: veronika.weinbergmair@wko.at
www.unternehmerin.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[Arbeit: Heinisch-Hosek will Überstunden einschränken](#)

DiePresse.com

Daneben bewegte sich Heinisch-Hosek in Alpbach aber auf vertrautem Terrain: Die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung sollen ausgebaut werden. ...

[Heinisch Hosek will Überstunden eindämmen](#) nachrichten.at

[Alle 10 Artikel »](#)

Kinderbetreuung: "Vielleicht hat Pröll noch Geld übrig"

DiePresse.com

Sie will weitere 60 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung. Wien (jn).
Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) zeigt sich für die im ...

[Wien will weiter Geld für Kinderbetreuung](#) ORF.at

[Heinisch-Hosek pocht auf Geld für Kinderbetreuung](#) derStandard.at

[nachrichten.at](#) - [APA OTS \(Pressemitteilung\)](#) - [Wiener Zeitung](#) - [dieStandard.at](#)

[Alle 20 Artikel »](#)

Heinisch-Hosek erwägt kürzere Karenzzeiten

Salzburger Nachrichten

Sie ist nach wie vor zum Großteil Sache der Frauen, auch die Kinderbetreuung. Die
Frauenministerin will mehr Druck machen. Sollten sich die Väter auch durch ...

[Studie: Wickeln und Putzen sind Frauensache](#) DiePresse.com

[Heinisch-Hosek: Mehr Männer beteiligen sich am Haushalt, aber sie picken sich ...](#)

APA OTS (Pressemitteilung)

[Zweiwochendienst - Frauen & Politik \(Abonnement\)](#) - [Salzburger Nachrichten](#)

[Alle 38 Artikel »](#)

"Die Presse" Leitartikel: Work-Family-Balance: eine Illusion, von Martina Salomon

Utl.: Ausgabe vom 23.08.2010 =

Wien (OTS) - Es fehlt in Österreich nicht am Geld, sondern am
Bewusstsein für eine kinderfreundliche Gesellschaft.

Soll es künftig eine "Ehe light", Änderungen bei der gemeinsamen
Obsorge, mehr Väter in Karenz und Frauenquoten für Führungspositionen
geben? Die Politik diskutiert derzeit wieder über Familienpolitik.
Doch in einer Großen Koalition fallen die Antworten darauf so gut wie
nie einheitlich aus.

Was dabei meist überhaupt ausgeblendet wird, ist die Situation der
Kinder. Und eine besonders heikle Frage, die in Deutschland vor
einiger Zeit groß, bei uns aber noch nie offen besprochen wurde: Gibt
es möglicherweise zu viele Anreize für sozial schwache Familien,
Kinder in die Welt zu setzen - und für die Mittelschicht zu wenig? In
Deutschland wie in Österreich hat man nun das einkommensabhängige
Karenzgeld eingeführt, das auch Vätern die Kinderbetreuung
schmackhaft machen sollte. Doch die Zahl der Männer, die sich eine
Baby-Auszeit nehmen, ist verschwindend gering. Gerade mal fünf
Prozent beträgt sie in Österreich. (Wobei die, die sich darauf
einlassen, oft riesigen Gesprächsbedarf dazu haben - und Bücher über
etwas schreiben, was bei Frauen als Normalfall gilt.)

ss-6;0Betrachtet man die heimischen Vorzeigefrauen, so haben fast
alle auf Kinder - bewusst oder unbewusst - verzichtet. Gut

ausgebildete Frauen kapitulieren oft vor den realen - oder vermeintlichen - Hürden: Wer daheim beim Kind bleibt, läuft Gefahr, sich vom Berufs- wie Konsumleben abzukoppeln und macht sich vom Partner abhängig. Wer schnell wieder voll arbeitet, ist von schlechtem Gewissen gegenüber den Kleinen geplagt. Eine No-win-Situation.

Zumindest finanziell hat die Politik das Kinderkriegen in Österreich sehr gut ausgestattet - und nun beginnt sie auch endlich damit, die öffentliche Kinderbetreuung zu verbessern.

Aber längst geht es nicht mehr in erster Linie ums Geld, sondern eigentlich ums Bewusstsein: Wenn öffentlich immer nur von Kindern als Problem gesprochen wird, warum wundert man sich dann, wenn das babyverhindernd wirkt? Wenn "Heim an den Herd" als Schreckensruf gilt, warum sollten es dann Männer cool finden, eine Zeit lang beim Kind zu bleiben? Wenn ständig Teilzeitjobs als Frauenfalle an den Pranger gestellt werden, warum sollten Firmen und Eltern das als attraktive Alternative empfinden, um Familie und Job unter einen Hut zu kriegen? Work-Family-Balance ist in Österreich leider ein Fremdwort: Wenn die Kinder klein sind, dann sollte, wer beruflich weiterkommen will, auf Teufel komm raus arbeiten.

Aber wenn die Kinder groß sind - also so gegen fünfzig plus -, sollen sich die Frauen gefälligst wieder vom Arbeitsmarkt schleichen. Dann ist "Heim an den Herd" plötzlich gesellschaftlich akzeptiert, ja geradezu herbeigesehnt, siehe Hacklerregelung und die Verteidigung des "Rechts" auf Frühpension. Aber das ist doch ziemlich unsinnig und für immer mehr Menschen auch unwürdig!

Und wo bleiben die Kinder? Sie rücken erst ins Blickfeld der Politik, wenn Ehen zerbrechen. Richter sind wahrlich nicht zu beneiden, wenn sie in den Schlammschlachten entscheiden müssen, die da oft toben. In diesen Fällen wird von den streitenden Eltern nicht selten Geld gegen Kinderbesuchsrecht ausgespielt. Eine gemeinsame Obsorge, das wünschenswerte Modell für die Kinder, schaffen meist nur jene Paare, bei deren Trennung nicht die verletzten Gefühle dominieren. Der Vorschlag der Familienrichter, eine außergerichtliche Schlichtungsstelle zu schaffen, die zum Beispiel die Obsorge regelt, ist daher wahrscheinlich vernünftig, aber wohl auch eine Frage der budgetären Mittel.

Aber dass die von der Frauenministerin diskutierte "Ehe light" - als Zwitter zwischen verheiratet und unverheiratet - mehr Verantwortung beider Elternteile für die gemeinsamen Kinder bringen könnte, ist zu bezweifeln. Die "normale" Ehe ist nicht so schwierig, dass wir sie leichter machen müssten.

Gänzlich ratlos ist die Politik, wie man den viel zitierten "Mut zum Kind" machen könnte. Die Maßnahmen der letzten Jahre haben nicht wirklich gefruchtet. Internationale Vergleiche zeigen aber, dass es eher die öffentlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind und weniger die Direktzahlungen, die Frauen (und Männer) dazu bringen, Kinder zu bekommen. Dort - etwa in Frankreich oder Schweden - gelten außerdem

größere Familien als "Normalfall". In Österreich scheint das Bewusstsein verloren gegangen zu sein: Kinder sind nicht nur Last, sondern auch Freude und Sinnstiftung.

Rückfragehinweis:

Die Presse

Chef v. Dienst

Tel.: (01) 514 14-445

<mailto:chefvomdienst@diepresse.com>

www.diepresse.com

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/447/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen
und Events](#)

***Tagung Inklusive Lebenswelten für Kinder bis zu drei Jahren,
Donnerstag, 28. Oktober 2010, 10.00 - 17.00 Uhr, Hochschule Emden /
Leer***

➔ siehe pdf-Beilage „Druck nifbe...“

***Tagungen im September 2010 zu Lifelong Guidance. (jeweils 2 Tage Wien
und 2 Tage Tirol) Ein Schwerpunkt dabei ist auch die frühe Kindheit.***

➔ siehe pdf-Beilagen „Terminavisio“, „Agenda Tirol“, „Agenda Wien“

SONSTIGES

***Länderbericht Österreich zur Zwischenevaluierung der Durchführung
des EU-Programms Lebenslanges Lernen im Zeitraum 2007-2009***

Das EU-Bildungsprogramm Lebenslanges Lernen 2007-2013 sieht während seiner Laufzeit eine Zwischenevaluierung (2010) sowie am Ende der Laufzeit eine Endevaluierung vor. Ziel ist die Untersuchung der Durchführung und Auswirkungen des Programms in den teilnehmenden Ländern.

[Mehr dazu »](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform
EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.